

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Hoff, Hasenkrug & Pöglers 1-4,
G. J. Janke & Co., Javalienbank.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
M. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 100.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 187

Donnerstag, 15. März.

1894

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 14. März, 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Bundesrathssitz: Graf v. Posadowsky, Frhr. v. Marischall, v. Böttcher u. A.
Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats wird beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern fortgesetzt.

Bei der Zuckersteuer hat die Budgetkommission den Ertrag pro 1894/95 statt auf 70 406 000 M. auf 75 406 000 M. (mehr fünf Millionen M.) veranschlagt.

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) beantragt, die Zuckersteuer auf rund 72 Millionen M. zu veranschlagen. Es werde dies den von der Regierung in der Budgetkommission vorgelegten Materialien entsprechen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Geschäftslage und nach dem beim Postetat gemachten Erfahrungen hier auf einen weiteren Kampf verzichte. Er wolle die Möglichkeit nicht bestreiten, daß die Zuckersteuer 5 Millionen M. mehr bringen könne, (Hört! links) aber die Veranschlagung der Regierung sei jedenfalls vortheilhafter und solidere. Mindestens bitte er, es bei dem Antrag Paasche zu belassen. Man müsse doch auch einen Reservefonds für etwaige Staatsüberschreitungen haben.

Abg. Richter bemerkt, daß alle Anzeichen für eine Besserung der Finanzlage sprächen. Der Staatssekretär habe selbst die Möglichkeit zugegeben, daß 5 Millionen M. mehr erzielt werden würden. Er halte es für nahezu sicher, daß noch mehr als 5 Millionen M. erzielt werden würden. Ein Reservefonds für außerordentliche Ausgaben sei heutzutage, weil er zu Staatsüberschreitungen ansetze.

Abg. v. Kardorff (Rp.) macht auf die niedrigen Zuckerpreise aufmerksam und widerspricht dem Kommissionsbeschlusse.

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt, daß bei der Etatsaufstellung nicht mit Möglichkeiten, sondern nur mit sicheren Grundlagen gerechnet werden dürfe, sonst komme man zu chronischen Defizits.

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Richter, v. Kardorff und Dr. Paasche über den Zuckerpreis und Zuckertonsum wird der Beschluß der Budgetkommission mit knapper Mehrheit angenommen.

Bei der Brantweinsteuer liegt ein Antrag der Sozialdemokraten Muer und Genossen vor, wonach alljährlich ein Prozentsatz der Empfänger der „Liebesgabe“ vorgelegt werden soll.

Abg. Dr. Schönlauff (Soz.) begründet den Antrag, für den besonders die Herren auf der Rechten stimmen müßten, da es diesen nur angenehm sein könne, wenn amtlich festgestellt werde, daß die Großgrundbesitzer nicht Stipendiaten des Liebesgabenfonds seien. In unserer Zeit der sozialen Noth und des wirtschaftlichen Niederganges sei es angezeigt, amtlich festzustellen, welche Kreise die Liebesgabe erhalten. Nachdem die Agrarier in der Börsen-enquete-Kommission mit Recht ein Börsenregister verlangt, sei ein Liebesgaben- oder Schnapsregister nur billig im Interesse der sozialpolitischen Wahrheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky glaubt, dem Hause einen Gefallen zu thun, wenn er auf die Frage der Liebesgabe im gegenwärtigen Augenblick nicht weiter eingehe. (Beifall rechts, Unruhe links.) Dasselbe sei notwendig im Interesse der Bodenkultur des Ostens. Insofern sei er Agrarier. (Hört! links, Beifall rechts.) Ein Verzeichniß, wie sich die Brantweinkontingente auf die einzelnen Provinzen vertheilen, sei f. B. vorgelegt worden, und die Regierung sei nicht abgeneigt, dieses Verzeichniß bis zur Gegenwart fortzuführen. Aber die Sozialdemokraten wollten etwas anderes; eine schwarze Liste zu agitatorischen Zwecken. (Zustimmung rechts.) Darauf könne die Regierung nicht eingehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schönlauff (Soz.) begrüßt die entschiedene Stellungnahme der Regierung gegen die schwarzen Listen, bedauert aber, daß die Regierung nicht auch bei den schwarzen Listen der Unternehmern gegen die Arbeiter die gleiche ablehnende Haltung einnehme. Der Antrag wolle bloß Namen und Stand derjenigen feststellen, die Staatsalmsosen erhalten. Auf den Namen „Liebesgaben“ komme es gar nicht an; Name sei Schall und Rauch, aber das Trüpfel bleibe. Eine Reform könne am besten herbeigeführt werden, wenn man die ganze Brantweinverbrauchssteuer beseitige. Dann falle auch die Liebesgabe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird gegen Sozialdemokraten und Freisinnige abgelehnt und der Rest des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern unverändert angenommen.

Es folgt der noch rückständige Titel 7 des Extraordinariums des Etats des Reichsamts des Innern, das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. betreffend.

Die Budgetkommission beantragt durch ihren Referenten, Abg. Grafen Limburg-Sturum, den Titel 7 wie folgt zu bewilligen: „Einmalige Bewilligung von vier Millionen Mark zur Errichtung eines Reiterstandbildes des Kaisers Wilhelm I. in Berlin: 1. Rate 1 100 000 M.“ Die Kommission habe die Ansicht ausgesprochen, daß die 4 Millionen M. genügen würden, um ein den Beschlüssen des Reichstags und dem Andenken des verewigten Monarchen entsprechendes Denkmal herzustellen und daß der Reichstag nicht die Absicht habe, weitere Bewilligungen eintreten zu lassen, falls nicht die verbündeten Regierungen mit neuen Vorlagen kommen sollten.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) erklärt, daß seine Partei zwar heute dem Kommissionsbeschlusse zustimme, sich aber vorbehalte, auf die Sache zurückzukommen, falls veränderte Verhältnisse dies bedingten.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, daß seine Partei gegen das Denkmal stimmen werde. In den Streit über die Gestaltung des Denkmals mische sich seine Partei nicht ein, das überlasse sie den Parteien, die ein Bedürfnis nach dem Denkmal hätten. Vom prinzipiellen Standpunkte ganz abgesehen, verbiete seiner Partei schon die Finanzlage und die allgemeine wirtschaftliche Lage die Bewilligung des Denkmals. Wenn man sogar den Neubau von haufälligen

Kasernen aus Mangel an Mitteln abgelehnt habe, dann könnte man auch das Denkmal zurückstellen und sich auch vielleicht damit begnügen, bei der Wiederkehr des hundertsten Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. den Grundstein zu dem Denkmal zu legen.

Abg. Richter (Hagen) erklärt Namens der freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei, daß sie die Pauschalsumme von 4 Millionen Mark unter der Voraussetzung bewilligen wollten, daß 1. die Regierung klipp und klar erkläre, daß mit der Bewilligung von 4 Millionen Mark die Sache abgethan sei, und daß das Projekt darnach eine Umgestaltung erfahre, 2. daß ein summarischer Kostenanschlag über die Verwendung der vier Millionen Mark vorgelegt werde. Nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Angelegenheit habe man alle Ursache, sehr vorsichtig zu sein, und die heutige Erklärung des Herrn v. Stumm gebe dazu noch besondere Veranlassung. Diese gebe zu erkennen, daß für ihn und seine Freunde die Sache mit der heutigen Bewilligung noch nicht abgeschlossen sei, und diese Erklärung des Herrn v. Stumm lasse tiefer blicken als nur in die Reihen seiner Freunde hier im Hause. (Hört! links.) Das Denkmal sei gedacht als ein Denkmal der Nation zu Ehren des verewigten Kaisers. Dies setze voraus, daß das Denkmal ausschließlich aus Mitteln des Reiches hergestellt werde. Das schließt aus, daß zu den Millionen von dritter Seite, sei es aus der preussischen Staatskasse, sei es von irgend einem Lotteriekomitee (Hört! links) — Alles schon dagewesen (Hört! links) — weitere Zuschüsse erfolgten, und daß mittels solcher Zuschüsse unter Hinzunahme der 4 Millionen etwas hergestellt werde, was höheren Dries vielleicht gewünscht werde. Sollten die beiden Voraussetzungen nicht erfüllt werden, dann würden seine Freunde bei ihrer ablehnenden Haltung beharren müssen.

Staatssekretär v. Böttcher: Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß der Beschluß Ihrer Budgetkommission die Zustimmung der verbündeten Regierungen findet. Das Denkmal ist aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen. Durch Beschluß von 1890 hat der Reichstag darauf verzichtet, selbst eine Entscheidung in der Platzfrage und in der Frage der Gestaltung des Denkmals zu treffen. Er überließ es dem Kaiser, nach beiden Richtungen die erforderlichen Bestimmungen zu treffen. Wenn jetzt in der Budgetkommission der Gedanke angeregt ist, eine Pauschalsumme zu bewilligen, so bewegt sich das ganz in der Richtung des früheren Reichstagsbeschlusses. Nimmt der Reichstag den Kommissionsantrag an, so verzichtet er damit auf den Eintritt in die finanzielle Prüfung irgend eines Projekts und bevollmächtigt die verbündeten Regierungen, über die vier Millionen für die Zwecke des Denkmals zu disponiren. Es wird sich nun zunächst fragen, genügen die vier Millionen, um ein zweckentsprechendes Denkmal herzustellen? Nicht jedes beliebige Denkmal wird den Empfindungen des Reichstages und der Nation entsprechen, sondern es ist ein würdiges Denkmal notwendig. Sollte der Bundesrath bei der Prüfung zu der Ueberzeugung kommen, daß mit dieser Summe die Herstellung möglich ist, so wird er durch Ihren Beschluß ermächtigt, unverzüglich an die Fortführung des Werkes zu gehen; kommt er zu der Ueberzeugung, daß die Summe nicht ausreicht, so wird es Sache des Bundesraths sein, neue Vorschläge zu machen. (Hört! hört! links.) Der Bundesrath hat dem Projekt zugestimmt, welches Sie alle kennen und dessen Kosten sich auf 4 Millionen belaufen. Wenn Sie davon die Hälfte streichen, so ist es klar, daß dieses Projekt wenigstens nicht unverändert zur Ausführung kommen kann. Es wird also entweder eine Umarbeitung des Projekts erfolgen müssen, oder wird ein neues Projekt aufzustellen sein. Ich meine, Sie dürfen sich durch das, was nachher geschieht, nicht abhalten lassen, die Bewilligung eintreten zu lassen. Auf Richters Wunsch vermag ich nicht einzugehen. Wenn der Abgeordnete Singer meinte, die Sache habe keine Elle, so meine ich, daß ohne zwingende Gründe die Ausführung des Reichstagsbeschlusses nicht hinausgeschoben werden darf. (Beifall rechts.) Das würde nicht den Empfindungen der Nation entsprechen. Was der Reichstag in schöner Initiative beschlossen, muß auch bald zur Ausführung kommen. Und wenn Herr Singer weiter die Finanzlage als ein Hinderniß betrachtet, so erwiedere ich: das deutsche Volk ist nicht so arm, um eine Dankeschuld für den verewigten Kaiser nicht bald einzulösen zu können. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Mantuffel (Lsn.): Ein Theil meiner Freunde war bereit, auch eine höhere Summe zu bewilligen. Wenn wir heute für den Kommissionsbeschlusse eintreten, so geschieht es mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit eines möglichst einmüthigen Votums des Reichstages. Das Vorgehen des Abg. Singer und seiner Freunde dürfte im Lande kaum Billigung finden. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Im gewöhnlichen Leben tragen diejenigen, die eine Verpflichtung zur Dankbarkeit fühlen, auch die Kosten für die Erfüllung derselben. (Zustimmung links.) Wünschen die Freunde des Herrn v. Mantuffel ein Denkmal, so mögen sie es auf ihre eigenen Kosten errichten. (Unruhe, Pul-Rufe rechts, Beifall links.) Die wirtschaftliche Lage des Landes ist übrigens nicht das einzige Motiv für unsere ablehnende Haltung. Wir sind grundsätzlich gegen die Errichtung des Denkmals und haben an dem Beschluß von 1890 nicht mitgewirkt. Wir sind überhaupt gegen jedes Denkmal, auch wenn das Land in Geld schwimmen würde. (Bravo! links, Unruhe rechts.)

Abg. v. Bennigsen: Es ist eine Aufgabe der Dankbarkeit, wenn die Vertretung der deutschen Nation dem Gründer des deutschen Reiches ein Nationaldenkmal errichtet. Wenn die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sich dieser Pflicht entziehen wollen, so ist das sehr bezeichnend. Herr Singer hat es heute offen zu erkennen gegeben, wie sich die sozialdemokratische Partei zur Monarchie, zum ersten deutschen Kaiser stellt. Wenn die Herren hier im Reichstage glauben, mit einer solchen Haltung und mit einem solchen Verfahren gegenüber dem unvergeßlichen Kaiser und seinem Andenken auf die große Menge des deutschen Volkes zu wirken, dann täuschen Sie sich. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Abwarten! Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.) Die deutschen Arbeiter werden sich für eine solche Haltung bedanken (Gelächter bei den Sozialdemokraten, Bravo! bei den Nationalliberalen), denn noch besteht in dem deutschen Arbeiterstande das Gefühl der Dank-

barkeit für den verewigten Kaiser Wilhelm. (Beifall. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mich übrigens darauf beschränken, im Namen meiner politischen Freunde die Zustimmung zum Kommissionsbeschlusse auszusprechen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Nach den Erklärungen, die wir von sozialdemokratischer Seite gehört haben, ist es für uns unabwieslich, auch in die Debatte einzugreifen. Ich kann dem Herrn Vornedner auch in unserem Namen nur die Befriedigung darüber ausdrücken, daß er in dieser Weise das sozialdemokratische Vorgehen gekennzeichnet hat. Es zeigt sich immer deutlicher, wie groß die Kluft ist, welche die Mehrheit dieses Hauses von der äußersten Linken trennt. (Beifall im Centrum und rechts.) Es wird das heutige Auftreten der Sozialdemokraten gewiß dazu beitragen, weite Kreise des deutschen Volkes vor den Einflüssen dieser Herren zu sichern. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir aber auch Befriedigung darüber empfinden, daß die Herren heute hier so offen herausgerückt sind, so können wir doch das tiefe Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß die Herren in so unehrenhafter Weise das Andenken Kaiser Wilhelm I. behandeln. Wir müssen gegen das Vorgehen der Herren hier mit allem Nachdruck Verwahrung einlegen. Wir werden übrigens dem Kommissionsbeschlusse zustimmen. Durch die Bewilligung von vier Mill. wird unleser Erachtens der Reichstag die Verpflichtung, die er am 2. Juli 1892 auf sich genommen, in ausreichender Weise erfüllen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (Lsn.): Der Abg. Singer hat geglaubt uns darüber belehren zu sollen, daß derjenige, der eine Dankeschuld für den Verewigten aus eigenen Mitteln tragen möchte. Schon der Abg. Richter hat hervorgehoben, daß es sich hier um ein Nationaldenkmal handelt, daß also ein anderer, als die Nation nichts dafür bezahlen solle. National war allerdings die Rede des Herrn Singer nicht, wohl aber international (Ruf rechts: Wie immer!) (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich muß übrigens noch den Abg. Singer der Inkonsistenz zeihen. Er hätte sich auf den prinzipiellen Standpunkt stellen und sagen können: Wir bewilligen für einen Fürsten überhaupt kein Denkmal. Statt dessen hat er sich hinter die schlechte Finanzlage versteckt. (Widerpruch links.) Ich glaube aber, seine letzten Ausführungen werden im Volke wohl verstanden werden. Sie bekräftigen einen Mangel an Ehrerbietung gegen den verewigten Kaiser. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): International war die Rede meines Kollegen Singer nicht, höchstens antimonarchisch, und aus diesem unferem Standpunkte haben wir nie das geringste Wohl gemacht. Es ist nur eine ganz willkürliche Annahme, wenn jetzt die Abgg. v. Bennigsen und Dr. Lieber so thun, als ob wir heute etwas vollständig Neues entwickelt hätten. Das ist durchaus nicht der Fall, und der Abg. Lieber sollte doch vor allem aus den Zukunftsstaats-Debatten des vorigen Jahres wissen, wie wir zur Monarchie stehen. Der Abg. v. Bennigsen hat gemeint, unser heutiges Auftreten sei sehr gut; denn es werde innerhalb der Arbeiter nicht denjenigen Beifall finden, den wir erwarteten. Die deutsche Arbeiterklasse ist über unsere prinzipiellen Bestrebungen vollständig unterrichtet, auch über unsere antimonarchische Gesinnung, die gleichbedeutend mit republikanischer Gesinnung ist. Wer das sozialdemokratische A-B-C nur einigermaßen kennt, wird wissen, daß die Durchführung des Sozialismus ohne Republik undenkbar ist, das haben wir schon wiederholt ausdrücklich klar und deutlich gesagt. Wir wissen vollkommen, was wir thun, aber wenn Sie meinen, daß Sie durch unser heutiges Auftreten uns nur einen Fußbreit Boden bei den breiten Volksmassen abgraben, dann täuschen Sie sich gewaltig. (Beifallige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den breiten Volksmassen finden unsere Ideen immer mehr Anklang und besonders der Herr Abg. Dr. Lieber hat durchaus keine Ursache, hier zu betonen, es müsse heute die tiefe Kluft konstatirt werden, welche die Majorität des Hauses von der äußersten Linken trenne. Wir haben doch unsern Standpunkt schon bei den Zukunftsstaatsdebatten zur Genüge gewahrt, und es hat uns das gar nichts geschadet; aber selbst wenn wir auf dem Boden der Monarchie ständen, so wäre es immer noch die Frage, ob wir im gegenwärtigen Falle der verewigten Persönlichkeit ein Denkmal bewilligen würden und könnten; denn daß wir derjenigen Persönlichkeit, die 12 Jahre Sozialknechtschaft über uns gebracht hat, kein Denkmal setzen werden, das versteht sich doch von selbst. (Stürmisches Bravo bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: Wut!)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit): Es ist nicht das erste Mal, daß die Herren Sozialdemokraten hier ihren antimonarchischen Standpunkt vertreten. Sie verkennen aber die Impponderabilität der Volksseele, die von ihrem Treiben sich angewidert abwendet. Sie werden bald genug es am eigenen Bartelkörper erleben, wie die große Mehrzahl der monarchisch gesinnten Arbeiter von ihnen abfallen wird. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es ist bezeichnend, daß die drei Herren, welche vorhin am meisten dem Abg. Singer Bravo! zuriefen, der goldenen Internationalen, dem Jubelthum angehören. (Oho! Lärm.) Für die verbündeten Regierungen muß es übrigens recht lehrreich sein, jetzt zu sehen, aus welchen Parteien sich die Kerntruppen für die Handelsverträge zusammengekehrt haben. (Große Heiterkeit und Beifall rechts. Unruhe.)

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsbeschlusse gegen die Sozialdemokraten, Freisinnige Volkspartei und süddeutsche Volkspartei angenommen. Für denselben stimmte auch die Freisinnige Vereinigung.

Es folgt der Rest des Marineetats. Zunächst nochmalige Abstimmung über die Forderung von 1 200 000 M. für den Wiso „Eraz Falk“, da am Freitag sich bei der Abstimmung das Haus beschlußunfähig erwies.

Abg. Richter beantragt namentliche Abstimmung. Präsident v. Levetzow erklärt diesen Antrag für geschäftsunzulässig, weil zu spät gestellt; man befinde sich bereits in der Abstimmung; die Fragestellung habe bereits in der früheren Sitzung stattgefunden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zieht Abg. Richter den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück und behält sich vor, denselben bei der dritten Lesung wieder einzubringen.

Bei der Abstimmung wird Auszählung nötig. Dieselbe ergibt Ablehnung mit 157 gegen 127 Stimmen. Dafür stimmen die Rechte, die Polen, die Nationalliberalen und ein Teil des Centrums.

Der Rest des Marine-Etats wird ohne Debatte erledigt. Beim Etat des Reichsschatzamts wird folgende von der Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen: den Herrn Reichsschatzkanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß auf die Reichsbeamten derjenigen Beamtenklassen, für welche im Etat 1894/95 die Einführung des Systems der Dienstaltersstufen vorgesehen ist, bis zum Inkrafttreten dieses Systems die bisherigen Grundsätze über die Gehaltsverhöhung unverändert zur Anwendung gebracht werden.

Es handelt sich hier darum, eine Schädigung der Beamten zu verhindern, die in eine höhere Gehaltsstufe gelangt wären, nun aber nach einer Verfügung zurückgehalten werden sollen bis zum 1. April, wo das neue System in Kraft tritt.

Abg. Graf Wirbach (kons.) konstatirt beim Etat der Reichsfinanzverwaltung, daß, wenn i. S. die Anträge der Konserverativen zum Reichshaushalt angenommen worden wären, das Reich im laufenden Jahre 4846 000 Mark mehr aus den Ueberschüssen der Reichsbank ziehen würde als jetzt.

Ohne Debatte werden die übrigen Etatsreste nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises.

In der Generaldiskussion hebt Abg. Gaußmann (Südd. Vp.) es als charakteristisch hervor, daß diese Vorlage, die doch ein wichtiger Teil der Handelspolitik der Regierung sei, eine ganz andere Mehrheit vorfinde als der russische Handelsvertrag. Er habe in der zweiten Lesung vorgeschlagen, die Gesetze mit der Aufhebung der Staffeltarife in direkten Zusammenhang zu bringen. Ein materieller Zusammenhang zwischen beiden Dingen sei gegeben worden; dann könnte man sie auch beide zu gleicher Zeit in Kraft setzen. Gesetze das nicht, so könnte im Westen ein Preisdruck herbeigeführt werden, der die ganze Handelspolitik diskreditieren könnte. Nachdem die Linke sich bei der ganzen Handelspolitik benommen habe, „wie ein wahrer Edelmann“ (Geisterst.) dürfe er diese Wünsche wohl aussprechen. Er sehe die Zeit schon kommen, wo man in Preußen zwar nicht eine besondere Herabsetzung der Wagnistaxe für Getreide, wohl aber eine allgemeine Tarifermäßigung einführe, und dann würde sich Süddeutschland der Ueberschwemmung mit Weizen nicht erwehren können. Sollte der Reichsschatzkanzler dann noch im Amte sein, so würde er es, um die jetzigen Zufüßerungen herumzukommen, so machen wie bei den Steuervorlagen. Das sei um so mehr zu befürchten, als über die Wirkung der jetzt vorgeschlagenen Maßregel in den verbündeten Regierungen selbst nicht Klarheit herrsche. Denn während Miquel versichert habe, daß eine Einwirkung auf den Preis von der Aufhebung des Identitätsnachweises nicht zu erwarten sei, habe Graf Posadowsky gemeint, es sei ganz wünschenswert, wenn dadurch der Preis in manchen Landesteilen gehoben werde. Wer habe der Wahrheit da die Ehre gegeben? Es solle ja von jetzt ab vorwiegend für die Landwirtschaft gesorgt werden. Das freilich könne er nicht glauben, daß der preussische Finanzminister die unrichtige und demagogische Behauptung aufgestellt habe, wir hätten 30 Jahre hindurch eine Gesetgebung gehabt, die nur für die Industrie und den Handel gesorgt habe, jetzt müsse 30 Jahre hindurch eine Gesetgebung zu Gunsten der Landwirtschaft kommen. Denke man denn gar nicht an die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, die Graf Kanitz auch als Zukunftsideal gepriesen habe? (Sehr gut! links.) Wenn gerade jetzt ein 30jähriger wirtschaftlicher Krieg von einem Minister in Aussicht gestellt werden könnte, so müßte man die Regierung allerdings kontrollieren. Seine Freunde wollten nicht einseitige Wirtschaftspolitik, sondern eine solche, die alle Interessen umfasse. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bütticher bemerkt, daß ja der Reichsschatzkanzler eine Garantie für Nichterfüllung der preussischen Staffeltarife gar nicht übernehmen könne, weil das Landesrecht sei. Er könne mitteilen, daß der preussische Eisenbahnminister sich bereit erklärt habe, den vielfachen Wünschen auf frühere Aufhebung der Staffeltarife als zum 1. September entgegenzukommen. Es sei der 1. August in Aussicht genommen, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß ein noch früherer Termin gemäht werde. (Bravo!) Wenn hier auf Aeußerungen, die angeblich außerhalb des Hauses gefallen sein sollen, eingegangen werde, so könne er nur raten, das nicht zu thun; Aufgabe der Reichstagsabgeordneten könne es nur sein, sich mit Aeußerungen und Vorlagen zu befassen, die hier gemacht würden. (Zustimmung rechts. Widerspruch.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß er allerdings gesagt habe, die Absicht der Aufhebung des Identitätsnachweises sei gerade, dem ostpreussischen Getreide den alten Markt wieder zu verschaffen. Wenn der Abg. Gaußmann einen Gegensatz zwischen ihm (Redner) und Miquel zurecht gemacht habe, so verwechsle er den Exportpreis und die Bildung des Inlandspreises. Der Regierung könne man allerdings zuweilen kondolieren, namentlich in Bezug auf die Haltung des Abgeordneten und seiner Freunde bei den Steuerfragen. (Geisterst. rechts.)

Abg. Graf Schwerin (kons.) wünscht, daß die Vorlage zur Annahme gelangt, da sie sich vor andern dadurch brüthelhaft auszeichne, daß sie dem Handel sowohl wie der Landwirtschaft, wenn auch in sehr verschiedenem Maße, Vorteile bringe. Als eine Kompensation der Aufhebung des Identitätsnachweises könne die Verrückung der Staffeltarife nur betrachtet werden, wenn die letzteren zugleich mit dem Inkrafttreten des deutsch-russischen Handelsvertrags ausgesprochen würden.

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.) erklärt, daß die Art und Weise, wie die Frage der Staffeltarife mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag verknüpft worden sei, in den Kreisen seiner Parteifreunde höchst peinlich und unangenehm empfunden worden sei. Die preussische Regierung, von der er wisse, daß sie an sich nicht für die Aufhebung gewesen sei, habe sich in dieser Frage nicht als eine starke gezeigt. Im preussischen Abgeordnetenhaus werde man auf die Sache zurückkommen.

Staatssekretär v. Bütticher erwidert, daß die preussische Regierung lediglich durch den lebhaften Wunsch der preussischen Interessenten, wie er u. A. in dem Antrage Edels zu Tage getreten, zur Aufhebung der Staffeltarife bewogen worden sei, keineswegs durch andere Einflüsse.

Abg. v. Buttkamer-Plauth (kons.) bemerkt, die preussische Regierung sei bei Aufhebung der Staffeltarife einem Druck von außen gefolgt.

Staatssekretär v. Bütticher stellt dies entschieden in Abrede. Die Generaldebatte wird geschlossen.

Zur Spezialdebatte liegt über die Verwendung der Einfuhrscheine ein Kompromissantrag der Abgg. v. Bennigsen und Gen. vor, nach welchem der Bundesrath zum Erlaß von Vorschriften verpflichtet werden soll, durch welche die Verwendung der Einfuhrscheine nach Maßgabe ihres Zollwertes auch zur Begleichung von Zollgefallen für andere Waren als Getreide gestattet wird. (Nach der Regierungsvorlage sollte der Bundesrath zum Erlaß solcher Vorschriften nur „ermächtigt“ sein.)

Nachdem Abg. v. Bennigsen den Antrag kurz begründet, die Abgg. Rickert und v. Buttkamer-Plauth aber unter allgemeinem Beifall auf das Wort verzichtet hatten, und Staatssekretär v. Posadowsky mit dem Antrag sich einverstanden erklärt, wird

derselbe angenommen und mit dieser Abänderung das ganze Gesetz. Da Niemand widerspricht, wird sogleich die Gesamtstimmung über die Vorlage vorgenommen. Dieselbe ergibt die endgültige Annahme mit großer Mehrheit (dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten.)

Eine Resolution der Abgg. v. Buttkamer-Plauth und Graf v. Schwerin, welche die Aufhebung der gerichtlichen Privatanklagen, die vorwiegend spekulativen Zwecken dienen, anregt, wird angenommen, nachdem Staatssekretär v. Posadowsky erklärt hat, daß seitens des Bundesraths die Frage der Transfitalager und Zollrechte eingehend geprüft werden solle.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Ein Gesetzentwurf, betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Rohnsdorf wird in erster Lesung erledigt und in zweiter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, betr. die Geltung des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz in Helgoland und der Gesetzentwurf, betr. den Handel mit Antheilen und Abschnitten von Loosen zu Privatlotterien und Ausstellungen.

Desgleichen wird der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken nach kurzer Besprechung in zweiter Verathung angenommen.

Es folgt die zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betr. das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen Mittelschulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

Abg. Jaefel (Freif. Volksp.) beantragt Zurückverweisung des Entwurfs an die Kommission. Der Antrag wird abgelehnt, und der Gesetzentwurf angenommen mit der von der Kommission beantragten Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, auch die Pensions- und Rentenverhältnisse der an nicht staatlichen höheren Lehranstalten angestellten Lehrkräfte einheitlich zu regeln.

Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des § 211 des allgemeinen Vergesetzes vom 24. Juni 1865 wird nach unerheblicher Debatte unverändert angenommen.

Im Weiteren erledigt das Haus noch eine Reihe von Petitionen ohne prinzipielle Bedeutung nach den Kommissionsanträgen. Dagegen wird die Petition der Gemeinde Gaarden wegen Heranziehung der Kantone der kaiserlichen Werft zu der Gemeinde-Einkommensteuer entgegen dem Kommissionsantrag der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, obwohl der Geheimrath Brandt darauf hinwies, daß nach dem neuen Kommunal-Abgabengesetz solche Genossenschaften ohne offenen Laden nicht zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden können.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt die Petitionen wegen Ausbarmachung neuer Apotheken-Konzessionen für die Gemeinden, betr. die Revision der Hannoverischen Städteordnung vom 24. Juni 1858, wegen Rückgabe eines von der Anstaltungs-Kommission in der Substation erworbenen Gutes, wegen Rückzahlung eines Stempelbetrages,

3. Klasse 190. Königl. Preuss. Lotterie.

Sitzung vom 14. März 1894. — 3. Tag Vormittag.

Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

8 66 95 163 329 37 465 527 31 90 638 970 1 004 398 424 794
98 915 2 275 (3000) 435 45 634 45 755 66 92 (200) 909 3 045 297
541 617 42 853 88 973 4 067 163 388 42 699 804 44 67 970 5 536
62 694 822 984 6 200 60 336 57 444 93 545 651 61 769 843 954
7 060 264 499 591 765 842 94 8 085 162 306 80 435 91 512 24 907
24 42 44 864 9 021 (200) 110 39 89 478 667 765 873 997
10 103 50 62 317 420 41 658 747 86 11 152 91 279 98 354
824 987 12 088 152 224 432 514 601 99 13 070 641 96 (500) 753
849 (200) 910 29 87 14 036 244 438 62 577 711 74 941 (300)
15 494 987 16 448 65 562 95 656 78 722 (200) 827 17 006 18 188
244 98 351 402 17 856 18 007 242 72 841 81 403 24 94 520 32 59
808 987 93 19 544 77 605 974
20 012 73 97 847 96 440 586 900 21 018 85 228 52 906
22 074 121 256 309 37 508 712 74 972 23 031 56 83 284 86 487
683 820 55 24 323 46 512 729 74 926 28 60 68 25 101 254 311
606 981 26 090 (1500) 156 871 77 523 (200) 66 606 24 54 810
970 75 27 259 319 420 506 77 93 685 87 (200) 926 28 032 64 111
85 208 18 28 331 84 462 682 955 29 086 192 252 329 465 534 652
59 61 885
30 044 54 87 107 268 327 864 69 987 31 057 83 (200) 121 62
249 75 469 562 860 72 911 32 050 222 (200) 399 414 628 48 57
727 84 801 68 33 119 316 426 57 75 524 91 727 984 34 067 107
306 463 555 (300) 62 673 (300) 93 745 49 89 823 42 951 35 585 97
606 29 933 47 53 36 197 563 88 711 815 69 37 028 61 202 50
879 517 679 707 802 82 87 38 269 814 52 522 29 39 85 602 22
99 705 85 870 39 057 218 448 503 695 (200) 853 964
40 495 583 (500) 601 796 821 32 41 015 45 81 185 487 565
908 48 98 42 115 (200) 33 230 350 474 556 76 95 685 801 949 43 017
71 435 60 611 44 824 44 011 96 157 70 274 93 812 76 84 461 636
800 82 38 45 088 69 77 105 18 76 200 72 409 61 71 563 913 78
46 040 182 286 560 650 704 894 (200) 47 051 127 202 16 404 92
741 48 072 101 243 393 464 652 56 735 77 49 071 136 218 448 93
68 65
50 232 315 451 70 519 66 616 21 51 057 60 203 347 561 858
52 193 286 (200) 427 36 525 604 49 703 09 13 955 53 074 111 69
210 30 334 452 647 86 844 54 004 179 518 25 54 824 913 55 114
90 203 56 452 39 742 56 141 367 456 61 581 900 57 034 235 925
48 754 806 58 006 30 90 123 289 98 661 708 57 909 59 070 174
379 500 674
60 890 (200) 632 49 72 98 838 61 035 90 198 84 242 10 523 628
795 838 72 36 979 62063 73 130 36 376 95 94 649 794 897 93 991
63 362 602 742 707 857 82 65 64 098 129 35 241 372 53 644 713 66 898
65 172 232 356 66 479 611 13 56 768 70 829 66 030 83 135 55 430 67
516 39 788 891 67 100 43 53 242 76 437 709 855 938 68 369 543 85
601 86 768 (200) 833 69359 442 535 675 740 67
70 002 207 877 79 404 98 549 59 767 941 71 71 363 70 412 566
663 757 848 57 99 982 72 045 57 159 73 457 585 705 891 98 906
73 048 203 54 378 569 648 892 911 74 171 31 28 47 531 67 607 848
73 945 75 080 84 559 786 832 62 906 62 76 224 43 88 308 528 755
89 973 77226 40 305 27 447 506 605 (300) 57 749 63 965 78 019 (200)
153 621 70 (300) 989 79 196 317 58 411 63 74 580 626 48 72 94 723
80 002 116 27 430 530 648 90 831 81 046 127 74 387 95 638 53
674 844 (60 000) 82 073 758 83 142 227 443 520 23 27 829 31 91
84 047 178 453 65 606 703 57 984 85 039 88 195 396 588 600 8 98
829 86 115 229 69 400 594 694 706 833 87 217 41 323 48 646
88 102 217 62 93 429 580 43 863 916 89 023 79 167 207
320 (200) 647
90 208 23 32 321 59 401 547 60 890 942 91 031 77 127 302 88
429 567 794 839 937 42 84 92 076 79 176 261 318 659 711 96 (200)
988 52 93 867 89 (500) 399 548 807 980 94 053 69 75 150 81 274
322 497 761 960 95 155 603 833 96 167 73 94 578 619 710 801 53
914 97 156 287 805 491 509 26 63 67 652 84 717 821 48 981
98 292 338 47 48 76 427 528 821 907 99 023 189 94 319 672
841 994
100 028 188 251 745 91 818 101 070 154 (200) 161 319 82 480
752 102 204 33 65 93 397 405 66 609 17 37 853 70 921 61 103 005
92 168 86 683 727 871 104 096 186 318 498 949 69 105 037 85
90 308 4 67 85 423 45 56 87 592 613 63 68 85 834 106 102 11 79
98 444 85 536 63 832 107 136 (500) 206 330 108 049 90 166 81
340 404 (3000) 98 682 766 109 326 565 624 69 (200) 789
110 041 244 357 453 71 743 846 76 901 88 111 085 124 42

um theilweise Rückerstattung des von der Stadtgemeinde Berlin gezahlten Polizeikostenquantums, wegen anderweiter Regelung des Reiterhufen-Instituts in Kropfenstedt.

Durch Uebersendung zur Berücksichtigung werden erledigt die Petitionen wegen Bewilligung einer Entschädigung für Schäden durch Ueberschwemmung, wegen Wiedereinrichtung des Hauptgefälls zu Neustadt an der Dosse.

Durch Uebersendung zur Erwägung werden erledigt die Petitionen wegen Aufhebung einer sog. Mühlenrekognition, betr. die Dienstentlassung eines früheren Steueraufsehers zu Wesel, betr. die Ausfürung einer Kanalisation und die Regulierung der Trinkwasserbrunnen zu Kranz.

Als Material werden überwiesen die Petitionen über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, betr. den Religionsunterricht der Kinder der Dissidenten, und betr. die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an thierärztlichen Hochschulen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (zweite Verathung der Sekundärbahnvorlage und Petitionen).

Deutschland.

□ Berlin, 14. März. [Das Kaiser Wilhelms-Denkmal.] Der Reichstag hat nach den Beschlüssen der Budgetkommission den Statut „Kaiser Wilhelms-Denkmal“ von 8 auf 4 Millionen herabgesetzt, und die Sache ist somit einstweilen formell erledigt. Freilich nur formell. Derselbe Eindruck, den die Kommissionsverhandlungen machen mußten, ist von der Verhandlung im Plenum zurückgeblieben: Die Mehrheit weiß, will es aber nicht deutlich sagen, daß es mit den bewilligten 4 Mill. nicht gethan sein wird und daß die Restforderung unvermeidlich zu erwarten ist. Möglich ist es ja, daß diese später zu stellende Forderung nicht gerade mehrere 4 Millionen betragen wird, sondern daß sich die Denkmalsanlage vielleicht mit im Ganzen sechs Millionen herstellen läßt. Aber daß es mit vier Millionen nicht zu machen sein wird, das ist jedem Unbefangenen klar und ist es auch, wie wir wiederholen, der Reichstagsmehrheit. Auch hat eigentlich Niemand den aussichtslosen Versuch gemacht, sich und anderen einzureden, daß die Angelegenheit jetzt endgültig geordnet sei. Am offensten war der Frhr. v. Stumm, der erklärte, er und seine Freunde verzichteten nur darum auf den Antrag, 8 Millionen einzustellen, weil solches Beginnen gegenwärtig ausichtslos erscheine; „unter anderen Konstellationen“ aber würden die Freikonservativen auf die Sache zurückkommen. Das heißt so viel als: die Freikonservativen sind nicht nur gefaßt auf Nachforderungen, sondern sie wünschen sie. Wenn die Sprecher der Nationalliberalen, der Konserverativen und des Centrums so weit nicht gingen, sondern sich stift an den Budgetkommissionsantrag hielten, so war das nur korrekt. Es ist ja nicht nötig, daß man jetzt schon erklärt, unter Umständen später Nachbewilligungen machen zu wollen. Vielleicht geht es wirklich mit den vier Millionen ab; wer kann es wissen? Und wenn nicht, nun, so kann man ja der Zukunft ihre eigenen Sorgen überlassen. Ist dieser Standpunkt begrifflich und nach Lage der Sache auch vielleicht der zweckmäßigste, so fehlt andererseits dem Ver-

295 615 763 77 857 954 112 094 145 206 361 444 508 64 76 779 848
101 29 83 113 174 79 98 255 356 887 925 35 57 114 183 235 382
420 745 944 115 020 78 (200) 82 151 203 24 99 401 553 606 75 708
116 542 61 429 55 87 622 711 (1500) 800 46 70 906 67 117 151 213
327 72 81 438 763 99 801 901 118 295 346 74 81 83 98 99 451
740 841 901 119 54 169 70 277 312 442 627 35 882 950 69 74
120 064 166 217 317 73 505 66 636 79 121 234 418 50 (200)
71 515 91 841 61 70 1 122 022 (200) 620 46 99 761 918 26 123 103
7 285 413 615 95 124 059 129 257 304 462 588 125 001 104 432
637 40 727 813 968 126 020 245 55 (200) 548 615 68 127 029
170 (500) 80 444 95 98 595 96 765 828 967 128 293 328 44 610 78
997 129 007 81 162 266 75 302 456 535 38 710 61 864 968
130 065 103 214 582 702 930 51 131 080 (500) 106 236 343 49
402 49 538 55 79 92 698 750 874 (1500) 929 86 132 262 411 23 44
535 623 31 76 811 133 005 122 66 337 502 732 852 92 134 043 88
234 59 509 30 719 66 915 135 066 857 429 98 545 664 801 7 24 914
61 136 207 71 812 501 52 68 629 758 137 120 329 (200) 410 22 648
714 133 029 86 103 21 23 308 12 452 753 59 70 139 108 78 312 66
74 80 492 571 73 663 701
140 086 144 (300) 214 309 580 631 754 858 900 (200) 141 019
48 137 57 259 423 632 63 839 142 271 89 808 428 31 51 565 721
143 297 420 55 78 86 567 625 50 (200) 807 922 70 144 085 132 229
343 50 407 591 663 742 832 145 002 366 474 687 813 78 82 146 158
278 96 419 508 52 683 883 147 028 44 241 834 439 46 577 616 20
52 (200) 888 148 225 374 491 506 35 54 899 946 149 206 310 80
86 87 55 667 98 884 940 80 (500)
150 075 82 397 414 522 99 634 819 965 151 158 252 314 520
559 74 684 944 86 152 231 337 88 642 65 153 401 591 677 799
843 46 71 154 088 518 19 71 751 834 948 155 239 99 308 94 96
586 (1500) 620 71 729 963 156 021 226 64 433 35 73 98 806 969
157 049 250 76 90 303 481 611 702 871 96 933 158 019 37 56 301
414 851 159 046 131 51 340 97 468 524 814 922
160 004 206 26 39 332 46 70 73 401 8 11 733 64 883 940 160
161 197 211 31 (200) 50 85 360 455 535 72 601 4 39 925 162 167
200 26 91 833 88 520 689 745 833 163 035 226 647 770 72 74 819
164 101 14 375 496 538 68 619 75 772 926 (500) 41 78 95 165 008
337 694 785 954 166 044 169 253 449 90 572 635 43 48 720 801 84
167 030 83 145 63 251 63 460 83 765 833 84 941 168 279 508 698
767 821 169 041 118 445 526 86 611 75 704 818 51 946 66 72
170 145 697 171 031 131 274 83 300 451 605 26 727 48
172 074 95 145 50 831 35 562 173 107 839 91 416 (200) 34 515 83
174 163 300 84 513 698 (200) 732 60 951 98 175 002 309 727 833
903 7 46 176 000 33 80 115 311 45 503 813 963 91 177 025 62 700
(500) 81 180 221 91 314 481 82 584 871 904 38 (200) 178 171 87 26
357 92 567 615 19 42 76 (200) 909 179 023 588 921 47
180 031 53 735 78 840 972 131 157 215 28 74 319 23 510 64
697 730 182 241 96 316 428 39 536 96 650 94 (300) 742 57 805 85
995 183 489 517 72 807 26 943 184 106 77 238 546 185 134 232
234 447 94 560 620 877 186 550 (1500) 667 910 33 187 003 4 123
178 216 32 41 43 322 (300) 44 73 419 26 650 895 928 188 038 220
667 811 82 995 189 416 845 918
190 049 166 203 22 43 331 477 94 95 589 837 995 191 271 523
42 57 63 797 897 192 074 87 117 51 354 417 509 648 760 817 61
865 193 079 106 457 690 841 996 194 089 (200) 180 208 62 844 66
454 514 978 195 005 94 106 57 265 322 417 67 (200) 510 97 886
196 032 200 87 322 423 56 600 83 716 941 56 197 006 174 251 988
370 565 685 714 27 80 954 198 041 113 363 404 29 542 61 69 642
701 65 721 80 93 199 022 136 75 86 230 396 446 729
200 137 74 94 201 335 438 62 512 93 742 47 956 201 061 232 85
239 72 323 544 733 861 73 76 202 001 23 98 251 77 99 316 443
5

halten über die Freikinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volks-
partei, wie es der Abgeordnete Richter vertrat, die zwingende Kon-
sequenz ebensoviele. Diese Fraktionen sind bereit gewesen, die
hier Millionen zu bewilligen, indessen nur, wenn der Staatsje-
retär von Bötticher klipp und klar erklären wollte, daß Nachfor-
derungen in gar keinem Falle kommen würden. Es war vorber-
zusehen, daß Herr v. Bötticher diese Erklärung nicht abgeben konnte,
schon aus äußeren Gründen nicht, weil der Bundesrat ja erst be-
schließen müßte, was er natürlich erst thun kann, wenn der Reichs-
tagsbeschluss vorliegt. Aber auch aus inneren Gründen mochte und
konnte der Minister die erwartete Zusage nicht machen. Es ist ja
doch der Wille des Kaisers, der nach der Entscheidung des Reichs-
tags von 1890 allein darüber zu bestimmen hat, wie das
Denkmal ausgestaltet werden soll. Um den Widerspruch
dieser Übertragung der letzten Entscheidung auf den Kaiser hier
und dem Selbstbewilligungsrecht des Reichstags dort führt kein
Ausweg herum, es sei denn, daß einer der beiden Theile seine
Befugnisse in die Hand des andern Theiles abgibt. Entweder
entschließt sich der Kaiser, die ihm übertragene Entscheidung mit
dem Reichstage so zu theilen, daß die bewilligten Summen die
unverrückbare Norm für die Gestaltung des Denkmals bilden,
oder aber der Reichstag, der sich gebunden hat, giebt die Summen
her, die für eine vom Kaiser allein zu bestimmende Anlage nöthig
erscheinen. So stand es bisher, und so steht es auch jetzt noch trotz
des Beschlusses des Reichstags, der nur scheinbar endgültig ist.
Die vom Abg. Richter geforderte, von Herrn von Bötticher jedoch
abgelehnte Verbindlichkeit, sich mit den vier Millionen einzu-
zurichten, liegt den Sachverhalt erst recht in das hellste Licht. Die
Verhandlung ist der Anlaß zu einem heftigen Zusammenstoß
zwischen den Sozialdemokraten und den Herren v. Bennigsen, Lieber
und v. Mantuffel gewesen. Der Abg. Singer erklärte, daß seine
Partei gegen jede Denkmalsforderung sei, daß sie kein Bedürfnis
habe, dem Kaiser Wilhelm ein Denkmal zu errichten. Hiergegen
nun wandten sich die genannten Redner mit starken und wohlver-
dienten Aeußerungen, bei denen jedoch Eines immerhin auffällt: es
wurde nämlich so dargestellt, als seien die Sozialdemokraten erst
jetzt mit ihren antimonarchischen Gesinnungen herausgekommen,
ein Irrthum, gegen den Niemand lebhafter als die Sozialdemo-
kraten selber protestirten. Herr Bebel erklärte, daß seine Genossen
Republikaner seien, und daß sie am allerwenigsten einem
Fürsten, der zwölf Jahre Sozialistengesetz über die Arbeiter ver-
hängt habe, ein Denkmal errichten würden. Darob große, menschlich
begreifliche Erregung, nur daß es verwunderlich ist, daß etwas
vom sozialdemokratischen Standpunkte heraus Selbstverständliches
und zum Ueberdruß oft Gesagtes doch noch verwundern konnte.
Des Notizens werth erscheint der ungemeine Eifer, mit dem beson-
ders der Abg. Lieber im Namen des ganzen Centrums, wie er
ausdrücklich feststellte, den Sozialdemokraten entgegentrat. Das
Centrum sucht neuerdings immer offenkundiger den Anschluß an
die leitenden Strömungen in der Regierung, so in den Marinefor-
derungen, so in der allgemeinen Führung der Parteipolitik.

Volales.

Posen, 15. März.

p. Verhaftung. In einer Fäkalengrube in der Halldorf-
straße wurde bekanntlich neulich die Leiche eines neugeborenen
Kindes gefunden. Die unnatürliche Mutter ist nun gefahren von
der Polizei in der Person eines im Hause dienenden Dienstmädchens
ermittelt worden. Dasselbe wurde sofort verhaftet.

3. Klasse 190. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. März 1894. — 3. Tag Nachmittags.

Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern
beigegeben. (Ohne Gewähr.)

104 229 349 56 718 68 878	1 093 96 192 233 36 59 300 15 68
82 91 446 575 90 94 632 722 33 853 97	2 058 174 90 97 255 331
544 3 001 54 82 277 371 412 22 591 646 71 757 85	4 064 378 503
82 (300) 889 905 5 142 266 75 79 325 439 77 529 663 724 801 943	
6 101 847 82 93 414 552 619 (200) 702 11 85 832 53 964 (500) 82	
7 898 546 710 79 86 819 56 8 030 88 371 432 94 576 617 741 869	
987 84 9 000 153 79 253 (500) 84 321 430 49 59 (300) 597 724	
26 28	
10 118 875 400 30 526 614 32 42 711 926	11 111 99 523 91
623 808 51 12 314 25 400 57 535 795 800 953	13 079 103 (200)
6 87 293 899 (200) 660 66 832	14 298 407 620 38 761 875 935
15 031 179 230 88 412 52 98 557 97 720 84 94 823 49 57 914 16 030	
190 841 554 828 965	17 084 172 239 383 (200) 438 542 67 673 90
795 917 81 18 140 228 49 322 92 421 26 528 660 730 36 810 32 41	
54 62 983 98 19 076 226 (300) 667 609 (300) 45 780 60 870 945	
20 360 424 570 678 (200) 721 40 854 929 55 21 018 78 206	
612 795 826 50 22 614 410 67 634 78 736	23 266 78 862 445 82
518 59 640 711 851 91 972 24 008 114 44 59 208 304 25 403 13	
546 66 710 908 20 70 25 018 66 132 (200) 801 42 496 576 79 648	
717 917 26 089 129 509 86 615 42 817 19 54 932	27 020 211 45
(200) 384 64 443 742 72 949 79 28 036 (200) 173 219 314 58 425 71	
669 695 802 20 75 29 150 705 872 934 (200)	
30 057 467 647 61 745 54 899	31 018 323 436 507 986 32 146
58 327 652 730 877 971	33 838 38 (200) 85 488 91 554 618 859
34 002 65 187 238 322 447 838 924	35 034 149 200 6 96 344 94
428 905 39 36 209 891 426 709 95 (300) 840	37 055 111 68 201
828 90 523 93 744 45 38 085 782 46 96 884 940	39 068 181 320
412 86 525 716	
40 042 842 951	41 217 411 21 94 545 814 912 42 014 40 155
861 68 (1500) 511 929 66	43 031 120 96 828 82 451 509 44 90 686
720 44 948	44 152 275 494 642 717 28 802 4 27 56 966 70 45 362
506 10 667 90 852 967	46 006 128 367 99 595 634 41 44 62 730
846 (200) 86 89 47 033 155 62 821 98 420 644 751 67 820 935	
48 112 250 820 86 775 854 908	49 010 41 284 840 436 98 516 30
45 90 653 63 (200) 775 93 98 907	
50 026 82 135 99 206 19 427 560 682 918 25	51 074 174 200
98 339 590 723 98 917 85 62	52 143 286 82 378 530 65 624 759
820 90 53 036 184 265 394 579 771 833 73	54 087 254 509 50
82 (1500) 620 817 907	55 043 104 276 879 536 651 921 56 076
106 215 31 44 424 564 616 87 97 736 947	57 067 108 215 29 32
450 708 70 902 7 (1500) 58 155 234 66 65 439 53 83 876 990	
(200) 59 029 142 301 439 91 642 91 735 84 869 932	
60 139 61 298 438 44 542 687 855 83 952	61 009 322 624 30 177
92 62 021 91 116 406 515 81 611 916 (500) 48	63 027 (300) 63 888
450 755 63 (200) 806 960 65 64 061 233 634 712 808 929	65 052 162
440 61 659 64 794 890 98 66 001 90 100 282 651 72 734 41 806 915	
40 (200) 91 67 002 141 202 25 53 336 461 556 731 878 917	68 143
71 456 540 75 635 782 94 845 49 98 691 34 591 717 22 964	
70 006 12 163 228 311 26 672 811 910	71 109 90 241 74 405 73
648 668 741 879 910 58 72 435 52 71 513 75 757 87 73 072 234 837	
430 554 79 624 40 794 74 173 232 (300) 367 496 529 668 757 875	
752 238 93 330 410 85 508 35 630 747 846 49 58 946	76 003 168 249
89 377 492 630 (200) 59 76 77 026 33 (200) 52 314 470 697 791 856	
95 942 43 78 193 278 332 40 67 620 55 768	79 023 113 66 217 967
758 948	
80 148 257 (200) 79 93 464 71 520 95 666 983	81 059 278 379
404 15 27 837 95 82 060 241 392 496 505 43 92 936 (200) 42 88	
83 157 336 425 89 53 60 548 (200) 785 84 111 669 85 040 124 59 464 91	
95 539 610 96 838 944 63 72 86 284 606 18 49 720 94 87 057 192	
245 572 617 821 75 86 88 227 579 994	89 067 232 94 362 462 540
74 640 709 868	
90 203 499 573 667 686 993	91 132 335 80 549 732 92 000 189
214 64 80 89 327 459 506 14 702 33 78 90 813 49 65 987	93 100 34
146 263 474 869 974	94 083 61 72 94 205 314 584 602 65 99 873
958 (200) 95 123 216 23 380 432 69 732 78	96 001 313 47 534 64
647 816 962 97 279 323 42 463 82 669 816 95 952	98 058 281 51
584 753 84 913 22 99 044 219 29 318 469 663 75 714 97 895 (200)	
100 092 108 290 316 91 518 623 646 76 78 843 (200) 936 89	
101 004 64 281 300 413 63 67 545 729 906 17 (15000) 959	102 163
247 537 889 946	103 056 244 438 61 95 760 64 75 896 104 067
75 88 196 260 505 682 832 (200) 105 148 88 212 39 332 88 497 694	
756 859 106 043 49 131 87 260 66 334 553 66 99 608 65 891	

* **Beitragswesfel.** Das Grundstück Ritterstraße 9, dem nach
Berlin kürzlich verstorbenen Kaufmann Herrn Arnold Lichtenstein
gehörig, ist für 210 000 M. an Herrn Rentier Gonfior, hier, verkauft
worden.

Aus der Provinz Posen.

<< **Meiseric, 14. März.** [Wahlergebnis.] Nach
den bisher eingegangenen Nachrichten über die gestrige Reichs-
tags-Gründung ist das Resultat derselben folgendes:

Probst Szymanski (Pole)	7180 Stimmen,
Landrath a. D. v. Dziembowski (Reichsp.)	4583 "
Redakteur v. Moisch (Antiksem.)	2975 "
Fischer Stolpe (Sozialab.)	193 "
Hofbesitzer Dan (Frei.)	33 "
Bersplittert	9 "

Summa 14973 Stimmen.

Aus 23 Ortschaften liegen bisher keine Berichte vor, jedoch ändern
diese nichts mehr an dem Endergebnis, so daß Probst Szymanski
mit Landrath v. Dziembowski zur Stichwahl kommt. Es ist er-
freulich, daß die Wähler der Antiksemiten nicht mit dem er-
hofften Erfolge gekrönt worden sind. Gestern feierten die
Antiksemiten mit ihren Hauptlingen in Erwartung der Siegesnach-
richten aus ihrem Eldorado, dem Kreise Boms, den Sieg schon im
voraus, um heute desto niedrigergeklagener einzugehen. In un-
serm Orte hat die Wahlbetheiligung gegen das Vorjahr abgenom-
men; sie betrug damals 78 Proz., jetzt kaum 70 Proz.

Telegraphische Nachrichten.

Röln, 14. März. Nach einer Meldung der „Röln. Btg.“ aus
Petersburg begiebt sich der Votischer General v. Werder morgen
mit kurzem Urlaub nach Berlin.

Bremen, 14. März. Eine dem „Norddeutschen Lloyd“
aus Rio de Janeiro soeben zugegangene Depesche bestätigt,
daß der Aufstand daselbst beendet ist.

Wien, 13. März. [Abgeordnetenhaus.] Der Antrag
Biankis, die Debatte zu eröffnen über die von dem Minister-
präsidenten Fürsten Windischgrätz in der letzten Sitzung erhaltene
Antwort auf Biankis Interpellation betreffs angeblicher Truppen-
zusammenziehungen an der serbischen Grenze, wurde mit großer
Majorität abgelehnt. — Der Finanzminister Dr. v. Plener über-
mittelte die Nachtragsvorlage zum Budget, welche die Erhöhung
der Ausfälle für Staatsbeamte von einer Million Gulden auf
anderthalb Millionen betrifft.

Wien, 14. März. Das Herrenhaus nahm die Regierungs-
vorlage, betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehun-
gen mit Rußland unverändert an.

Wien, 14. März. Der Ausstand bei der Neuen Wiener
Tramway-Gesellschaft dauert fort. Die Ausständigen versuchten
mehrfach, die Nichtstehenden an der Fortsetzung der Arbeit zu
hindern, wobei es zu belanglosen Ruhestörungen kam.

Peft, 14. März. [Oberhaus.] Die Regierungsvorlage,
welche die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit Ruß-
land betrifft, wurde unverändert angenommen.

Rom, 14. März. [Deputiertenkammer.] Der Kriegs-
minister Mocenni erklärte, eine österreichische Firma habe ein An-
gebot auf die Lieferung von Gewehren für die italienische Armee

mit kurzer Lieferungszeit gemacht; er habe das Angebot jedoch
nicht beantwortet und nehme es auch ohne Zustimmung des Par-
laments nicht an; er werde niemals etwas zum Nachtheile der
italienischen Arbeiter und der nationalen Arbeit unternehmen.

Abbazia, 14. März. Die deutsche Kaiserin und die
kaiserlichen Kinder machten heute Vormittag in Begleitung des
Ober-Hofmeisters Frhrn. v. Mirbach einen Spaziergang. Das
Wetter ist trübe, zeitweilig Sonnenschein.

Turin, 14. März. Rostuth verbrachte eine schlaflose Nacht
mit leichter Pulschwächung und mit in kurzen Zwischenräumen auf
einander folgenden Delirien.

Petersburg, 14. März. Die Südbahnen haben die
Erlaubnis erhalten, dreißig Lokomotiven im Auslande, aber
ausschließlich in Deutschland, zu bestellen.

Paris, 14. März. Heute früh wurden 5 Anarchisten
verhaftet.

Paris, 14. März. Nach Meldungen aus Rio de
Janeiro haben sich die Aufständischen auf Gnade und Ungnade
ergeben.

London, 14. März. Das Unterhaus verwarf nach
mehrstündiger Debatte ohne besondere Abstimmung die vor-
liegende Adresse und nahm auf Antrag der Regierung eine
neue Adresse an.

Stockholm, 14. März. Beide Kammern bewilligten
1 1/2 Millionen Kronen für die Flotte zu Schiffsbauarbeiten.

Christiania, 14. März. Das Storting berathet den von Ma-
mann gestellten Antrag, wonach der Unversittätsetat nur unter der
Bedingung bewilligt werden soll, daß die Regierung bei der Be-
setzung von vakant gewordenen Lehrstühlen die Namen der in Aus-
sicht genommenen Professoren dem Storting vorlege. Staatsmi-
nister Stang erklärte, die Regierung werde im Falle der Annahme
dieses Antrages den Unversittätsetat in gleicher Weise wie den
Konstatsetat behandeln, so daß die Kredite, an welche die genannte
Bedingung geknüpft sei, gar nicht verwendet werden würden. Nach
lebhafter Debatte wurde der Antrag Mann mit 59 gegen 55
Stimmen angenommen. Alsdann wies das Storting auf Antrag
Stangs die Vorlage, betreffend das Gehaltsregulativ für Marine-
Offiziere, an die Kommission zurück. Stang beantragte außerdem,
den Sold der höheren Marine-Offiziere herabzusetzen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Btg.“

Berlin, 15. März, Morgens.

Zu der dritten Berathung des Stats im
Reichstage beantragen die Abgg. Hammacher (nl.)
und Graf Hompesch (Str.), unterstützt von verschiedenen
Abgeordneten anderer Parteien, einige in der zweiten Lesung
gemachten Abstriche an den Forderungen der
Militärverwaltung wieder aufzunehmen.

Wien, 15. März. Der Valutaausschuß beendete heute
die Berathung der Valutavorlage.

Prag, 15. März. [Prozeß gegen die Mörder
Mrwas.] Der Angeklagte Rief leugnet die Mitwissen-
schaft und erklärt sich bezüglich der Verbreitung des jung-
czechischen Manifestes für unschuldig. Das Verhör der
Angeklagten wird sodann geschlossen und mit der Vernehmung
der Zeugen begonnen.

Rom, 14. März. Wie in Börsenkreisen verlautet, hat der
„Credito mobiliare“ zur Befriedigung seiner Gläubiger ein
Arrangement getroffen. Der „Credito“ proponierte 30 Proz.
baar und 35 Proz. nach 6 Monaten zu zahlen. Für den
Rest sind die Gläubiger, welche nicht die völlige Liquidation ab-
warten wollen, verpflichtet, Aktien zu nehmen.

Abbazia, 14. März. Die Kaiserin empfing heute
Mittag den Besuch der Großherzogin von Tos-
cana. Um 3 Uhr begab sich die Kaiserin mit den 4 ältesten
Prinzen in Begleitung des Hofmarschalls Grafen Mirbach und
einer Hofdame an Bord des Schulschiffes „Moltke“, wo sie
sich nach der Befichtigung sämtlicher Offiziere vorstellen ließ
und fehrte um 4 Uhr zurück. Bei Ankunft und Abfahrt gab
das Schulschiff 21 Salutschüsse ab. In den Raaen standen
Matrosen und brachen in Hurrahs aus. Um 5 Uhr erwiderte
die Kaiserin den Besuch der Großherzogin von Toscana in
Volska.

London, 14. März. Während eine Gruppe von 400
Schülern in Gadalung photographirt wurde, stürzte
das Holzgerüst ein, auf welchem die Schüler standen.
40 Knaben sind schwer verletzt.

Brüssel, 15. März. Die „Gazette Nationale de
Bruxelles“ meldet, daß der König, der bisher auf Schloß
Riergnon weilte, gestern nach San Remo abgereist ist.

Rio de Janeiro, 14. März. Die bei Ilhagrande
liegenden Schiffe der Aufständischen „Aquadaban“ und
„Republika“ werden sich wahrscheinlich auch ergeben.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad
14. März. 3	746,6	W leicht	bedeckt	+ 8,5
14. März. 9	746,8	S schwach	bedeckt	+ 5,7
15. März. 7	746,0	SSW l. Zug	bedeckt	+ 3,7

*) Vor- und Nachmittags schwacher Regen. *) Nebel.

Niederschlagshöhe in mm am 14. März Abends 9 Uhr: 0,5

Am 14. März Wärme-Maximum + 9,6 Cel.

Am 14. = Wärme-Minimum + 5,0 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. März Morgens 2,84 Meter.

= = 14. = Mittags 2,84

= = 15. = Morgens 2,84

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin, 14. März.** [Zur Börse.] Dieselbe feste Stim-
mung wie gestern und dieselbe ruhige Entwicklung des Verkehrs,
so stellt sich der Verlauf der heutigen Börse dar. Es sind keine
neuen anregenden Momente hinzugegetreten und die gestrige Mel-
dung von der nahen Ankunft des russischen Thronfolgers in Berlin
wird allseitig dementirt. Dennoch ist zu konstatiren, daß die Wir-
kung des deutsch-russischen Zollvertrages auch heute hervortrat und

